

# Kösliner Volksblatt.

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 M. 70 Pfg. Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 40. Postfach-Konto Danzig Nr. 1389.

vorm. Fürstentümer Zeitung  
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Zeile 20 Pfg.; Mehrzeile kostet die dreispaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 23.

Dienstag, den 28. Januar 1919.

17. Jahrgang

## Wir denken Dein . . .

Wir denken Dein, mein Kaiser,  
Beim ersten Morgenrot  
Und unsere Seelen wandern  
Durch Deines Tages Not.

Wir denken Dein, mein Kaiser,  
In heiser Dankbarkeit,  
In zehrend bitterer Reue,  
In tiefem Herzeleid.

Wir denken Dein, mein Kaiser,  
In demütigstem Flehn:  
Es wolle Gottes Güte  
Bei Deiner Seele stehn.

Wir denken Dein, mein Kaiser,  
Bis uns das Herze bricht.  
Sie können das Leben uns rauben,  
Die Treue rauben sie nicht.

Wir denken Dein, mein Kaiser,  
Geführt Du bleibst allzeit.  
Einst leuchtet Deine Krone  
Im Lichte der Ewigkeit.

Hanna Wiese.

## Zum 60. Geburtstage

### Kaiser Wilhelms III.

Von Geheimrat R. Hahn-Begnitz.

Es waren schlimme Zeiten für das Haus Hohenzollern, als im jährigen Kriege Friedrich der Große mit übermächtigen Feinden um das Fortbestehen des Staates rang und als Friedrich Wilhelm der Dritte, von Napoleon besiegt, nach Memel, der letzten Stadt Preußens, geflüchtet war.

Schlimmer sind die Zeiten, in welchen jetzt Kaiser Wilhelm der Zweite seinen 60. Geburtstag begeht. Der Uebermacht der Feinde und Treulosigkeit der Verbündeten unterlegen hat er sich in das Ausland begeben und dem Throne entsagt.

Aber während jene preussischen Könige in ihrer Not der Treue ihres Volkes und Heeres sicher waren, haben sich jetzt große Teile des deutschen Volkes von ihrem ehemaligen Kaiser abgewandt!

Ausländische Zeitungsberichterstatler, die sich zurzeit in Deutschland aufhalten, stellen mit Verwunderung fest, daß selbst die höheren Bürgerkreise vielfach von ihm abgerückt sind, um so bequemer der Regierung Ebert-Scheidemann sich unterordnen zu können. Leider ist die Beobachtung richtig.

Man kann die verschiedensten Gründe hören, die diese Treulosigkeit entschuldigen sollen. Man sagt, der Kaiser habe nach den neuesten Ermittlungen doch den Krieg mindestens mitverschuldet, — oder, er hätte eher Frieden schließen müssen, — oder, er hätte den ansichtslosen Krieg mit Amerika vermeiden müssen, — oder, auch der Kaiser hätte dem Thron nicht entsagen dürfen; er hätte lieber ins Ausland gehen dürfen; er hätte lieber an der Spitze eines Bataillons den Tod suchen müssen.

Alle diese Vorwürfe sind unbegründet. Vergessen hat Kaiser Wilhelm während der ganzen Zeit seiner Regierung den Frieden zu erhalten und nach siegreichen Erfolgen im Kriege wiederherzustellen gesucht.

Dem Drängen der maßgebenden militärischen Kreise nachgehend hat er, wie man sagt, tränenreichen Auges den Erlaß betreffend den unbeschränkten U-Boot-Krieg unterzeichnet. Es erübrigt das, nachdem die Feinde alle Friedensangebote mit Hohn abgewiesen hatten, als letztes Hilfsmittel, den Krieg zu beenden, an dem Amerika, um die unferen Feinden geliebten Gelder wieder zu erlangen, auch ohne dies teilgenommen haben würde.

Kurz und gut: Wenn jemand aus Feigheit oder Selbstsucht zur Demokratie und Republik übergehen will, der bisher am 27. Januar mit dem Brustton der Ueberzeugung gesungen hat: Liebe des Vaterlands, Liebe des freien Manns, Gründet den Herrscherthron, wie Fels im Meer, der soll das nicht mit unbegründeten Vorwürfen gegen den unglücklichen Monarchen bemängeln, der durch die Thronentsagung aus der Erbterung ausgeschieden ist. Er soll sich vielmehr an diesem Tage daran erinnern, was uns Kaiser Wilhelm der Zweite gewesen ist!

Der Raum verbietet, viel zu sagen. Wir wollen nur auf seine Bremer Rede vom Jahre 1905 hinweisen, in der er sagte: „Ich habe mir, als ich zur Regierung kam, geschworen, daß, was an mir liegt, die Bajonette und Kanonen zu ruhen hätten, aber scharf und tüchtig erhalten werden müssen, damit Reid und Scheelsucht uns nicht beim Anbahn unseres Hauses im Innern führen. Ich habe mir gelobt, auf Grund meiner Erfahrungen in der Geschichte, niemals nach einer öden Welt-herrschaft zu streben. Denn was ist aus den sogenannten Weltreichen geworden? Alexander der Große, Napoleon der Erste und alle die großen Kriegshelden — im Blute haben sie geschwommen und unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick aufgestanden sind und die Reiche zum Zerfall gebracht haben. Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als das eines ruhigen ehrlichen und friedlichen Nachbarn genießen soll und daß, wenn man von einem heutzutage Weltreichen reden sollte, es nicht

sondern durch das gegenseitige Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen.“

Die hier und anderwärts ausgesprochenen Gedanken über die Aufgaben seiner Regierung haben sein ganzes Handeln und Handeln beherrscht. Er, der die Aufmerksamkeiten seiner Vorfahren so gern verherrlichte, verzichtete auf kriegerische Vorhaben. In seine Politik kam gerade dadurch etwas Schwanfendes, daß er allen Zusammenstößen mit anderen Völkern immer wieder aus dem Wege ging. Das wurde im Inlande wie im Auslande als Schwäche angesehen. So verpörrteten ihn die Franzosen als Guillaume le timide (Wilhelm den Feigling). Wenn er endlich 1914 das Schwert gezogen hat, so geschah es, weil er meinte, daß wegen der Abmachungen unserer Feinde der Krieg unvermeidlich sei.

Seine Herrschaft ist für Deutschland eine herrliche Zeit des geistigen und wirtschaftlichen Aufwärtstrebens, des Wohlstandes und der sozialen Fürsorge gewesen, wie sie keinem anderen Volke der Welt gleichzeitig begehrt gewesen ist. Sie wird uns bald wie ein schönes Märchen vorkommen. Das ganze deutsche Volk wird dann mit Sehnen an diesen Friedenskaiser zurückdenken.

So steigen auch am heutigen 27. Januar in die Wünsche und Bitten für den Friedenskaiser, den Selben und Dulder in Amerongen, der dort den 60. Geburtstag einsam verlebte, in Deutschland zum Himmel empor. Was immer kommen mag, — wir werden seiner stets in Verehrung, Liebe und Dankbarkeit gedenken.

Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu,  
Daß Dankbarkeit auf Erden nicht ausgestorben sei.

Aber es sind nicht alle untreu geworden. Wir wissen, daß Millionen von Deutschen so denken wie wir. Wähten sie es aber auch sagen und vertreten, um sich den bitteren Vorwurf der Undankbarkeit und Treulosigkeit zu ersparen.

## Die Kofarde.

Die blutrote Welle des Umsturzes erhob sich zuerst in Ungarn. Der einzige wirkliche Staatsmann, den die Magyaren besaßen, Graf Tisza, wurde von zuchtlosen Soldaten erschossen, die rote Fahne ging hoch, von den Klappen der Offiziere verschwand die Kofarde, die den Namenszug des Königs Karl im Anfangsbuchstaben trug. An ihrer Stelle legte das Militär und die uniformierte Beamtenschaft die nationalen Farben Ungarns an, eine Kofarde oder ein Schleifen in Rot-Weiß-Grün. Alle Völker auf dem weiten Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie taten dasselbe ganz instinktiv und gleichzeitig, die Rumänen, die Serben, die Tschechen, die Ukrainer hatten auf einmal „ihre“ Kofarden und auch die Deutsch-Oesterreicher zeigten stolz „ihre“ alten Farben, das Nebenbergsche Rot-Weiß-Blau. Darunter sah man leuchtende Gesichter, als wolle jeder einzelne sagen: Nichtsbedürftig die Nation, die nicht ihr Alles freudig fest an ihre Ehre! Durch dieses wogende Meer völkischer Begeisterung zogen, aus Rumänien und der Türkei kommend, die Trümmer der dortigen deutschen Armeen, deren Soldaten, zu grenzenlosem Erstaunen der Völkerschaften Ungarns und Oesterreichs, vielfach — die rote Kofarde angelegt hatten. Niemand, der dabei war, vergißt die Blicke der Verachtung, mit denen die Landeseinwohner diese Selbstentwürdigung der Deutschen ansahen.

Es gibt keine Nation, deren Farbe allein das Rot ist. Die rote Plagge führten in den Zeiten Saireddins die türkischen Seeräuber, die an den Küsten des ganzen Mittelmeeres die Völker brandschakteten. Seit jenen Tagen ist Rot die Farbe der Seeräuber, der Empörer, der Revolutionäre geblieben. Nicht etwa, wie manche gute Deutsche meinen, der Republikaner. Die Franzosen tragen ihr Blau-Weiß-Blau, alle anderen Republiken der Welt ebenfalls ihre nationalen Kofarden. Einzig und allein die Deutschen haben nach Durchführung der Revolution die Sinnlosigkeit begangen, ihr Volkstum auch an der Mütze zu verleugnen, und wer ganz und gar gesinnungslos sein wollte, der setzte dem Unsinne die Krone auf, indem er zwei rote Kofarden trug, die eine über der anderen. Der Zentralrat für Deutschland verbot alle bisherigen Abzeichen, die bayerische Regierung verbot nur die deutschen Abzeichen; so sah man denn in Bayern durchweg, wenn nicht rote, so blau-weiße Kofarden, im übrigen Deutschland aber neben den rotgezeichneten Mützen oft solche ohne jede Kofarde. Vor dem Kriege wurden Soldaten, die zu entehrenden Strafen verurteilt waren, Diebe und sonstige Verbrecher, in die sogenannte „zweite Klasse des Soldatenstandes“ versetzt und gingen dadurch des Rechtes verlustig, Kofarden tragen zu dürfen. Die Revolution hat uns mit solchen Zweitklassigern überschwemmt, wirklichen Halkunten und solchen, die nur äußerlich das Halkunten durch Ablegung der Kofarden verewigen. In dieser Symbolik liegt jedenfalls ungewollt ein tiefer Sinn. Es ist ein Unterzeichnen unserer Schmach.

Im Kriegsministerium, in dem jetzt der tüchtige Oberst Reinhardt und neben ihm der jedenfalls nicht ganz sinnlose Kriegsteilnehmer Göhre, der frühere nationalsoziale Pastor und spätere sozialdemokratisch-revolutionäre Abgeordnete, sitzen, erkennt man das. Man weiß auch, daß eine Armee ohne Gradabzeichen ebenso wenig existieren kann, wie ohne Nationalabzeichen. So hat denn das Ministerium im Armeeverordnungsblatt einen Erlaß veröffentlicht, wonach fortan durchweg die Landeskofarden angelegt werden müssen, also nur die obere schwarz-weiß-rote des Deutschen Reiches fortan in Begleit kommt und ebenso die Rangunterschiede markiert werden müssen. In einer Truppe muß man erkennen können, wer Befehlsgewalt hat. Aus Schwächlichkeit — jede Verordnung der republikanischen Regierung hat irgend etwas Schwächliches an

Arbeiter- und Soldatenräte, durch die die Kofarden und Treppen für abgeschafft erklärt worden waren. Sie bleiben abgeschafft. Statt dessen aber soll es Aufnahmen aus blauem Tuch mit Regimentsnummern auf dem Oberarm geben. Das ist eine Uniformspielerei, weiter nichts. Ob die „Distinktion“, wie die Oesterreicher es nennen, sich in Form von Sternchen vorn auf dem Kragen befindet, oder, wie bisher bei uns, auf den Achselstücken, oder nunmehr, wie schon bei einzelnen Armeen der Entente, auf dem Oberarmel, das ist geschöpf wie geprüngt. Es könnte auch eine Blechmarke auf der Brust oder ein bunter oder goldener Streifen an der Mütze sein, die Hauptsache ist ja nur, daß ein Offizier, daß ein Unteroffizier durch irgend welche Abzeichen erkennbar gemacht werden.

Wiederhergestellt worden ist auch die Gruppplüch, die von der Revolution außer Übung gesetzt war, weil die Gruppplüch zu den kleinen Mitteln gehört, ohne die sich eine richtige Manneszucht nicht aufrecht erhalten läßt. Nur fehlt auch hier nicht die Verbeugung vor seiner Majestät dem Arbeiter- und Soldatenrat. Das Kriegsministerium windet sich und dreht sich und verkündet schließlich schwindend: die Gruppplüch habe aufgehört, es sei statt dessen ein „gesellschaftlicher kameradschaftlicher Gruß durch Handanlegen an die Mütze eingeführt, wobei aber natürlich der Dienstjüngere zuerst zu grüßen habe. O heilige Einfalt! So ist es auch früher gewesen. Die Gruppplüch, oder, wenn man so will, die Plüch, für den Gruß zu danken, hat auch früher doch für alle Vorgesetzten bestanden. Schritt für Schritt kommt die republikanische Regierung also auf die Methoden des „alten Systems“ zurück, weil sie bewährt sind und weil man ohne sie in einem Heere nicht auskommen kann; nun versucht die Regierung, jeden dieser Schritte zu umhüllen und der Masse annehmbar zu machen.

Die Kommandogewalt der Offiziere wird wieder hergestellt, der Soldatenrat in Kompanien und Bataillone abgeschafft, nur noch für Regimenter und Bahere Verbände zugelassen. „Warte nur, balde ruhest du auch.“ Ernannt werden die Offiziere vom Kriegsministerium. Da aber nun einmal das souveräne Volk die Offizierwahl durch die Mannschaften eingeführt sehen will, gibt man ihm insofern nach als — die Zugführer auf diesem Wege geführt werden dürfen. In Kommandostellen werden also vorläufig, wie übrigens schon während des ganzen Krieges, vielfach Angehörige des Mannschaftenstandes, Unteroffiziere, verwendet werden; vermutlich so lange, bis sich die unabwendbare Notwendigkeit herausstellt, daß man wieder richtige Reserveoffiziere braucht und daß eine Heranbildung namentlich des Unteroffizierstandes nur durch Offiziere möglich ist, denen der Militärdienst Lebensberuf ist und die in der Front und in tatsächlichen Winterarbeiten und in der Vorbereitung auf die Kriegsakademie dazu geschult werden. Die Trümmer, die die Revolution hinterlassen hat, werden aufgeräumt. Der Neubau hält sich an das Bewährte. Die rein äußerliche Vorbedingung zum Wiederaufbau ist die Kennzeichnung des Heeres als einer Waffe der Nation und nicht der Revolution, also die erneute Anlegung der Landeskofarde, die Abschaffung der roten Abzeichen. Fällt aber der Mantel, muß der Serpog nach, heißt es im Fiesko — wie die republikanische Regierung jetzt selbst einzuweichen scheint, wird alles das in der Verenkung verschwinden müssen, was die Revolution an Verführungsarbeit an unserm Heere geleistet hat. Das ist mit einigen Verordnungen nicht zu schaffen. Dazu werden wir jahrzehntelanger Arbeit bedürfen. Gehen wir aber nicht mit aller Willenskraft an diese Arbeit, dann bleibt das Reich ein blutender Leichnam, auf dem die Aasketer der ganzen Welt herumhaden können, ganz gleich, ob sie sich nun Spartakus oder Entente oder Polackel oder Liberia nennen. Die beherrschenden Elbnertruppen, die wir bis jetzt haben, die Eiserner Division, das Regiment Reinhardt, die Volkswehr und die anderen alle, das ist alles noch kein schlagfertiges Heer, sondern es sind zum großen Teil Arbeitslose, die Unterchlupf gesucht haben, aber feinerlei Lust zum Kämpfen haben.

Unter der roten Kofarde ist die Wehrmacht für das deutsche Volk recht teuer geworden. Was früher die Schutzmannschaft und allensfalls ein einziges Regiment in Bereitschaft fertig brachten, Berlin in Ordnung zu halten, dazu sind jetzt sieben Divisionen nötig gewesen. Und während unter dem alten System die polnischen Gorden, die jetzt ganze Kompanien entwaffnen, vor ein paar Landgendarmen ausgeriffen wären, muß man jetzt Heere neubilden und Hindenburg unterstellen und mühsam erst wieder durch die alten Abzeichen daran gewöhnen, daß sie deutsche Soldaten sind.

## Die sozialdemokratischen Gewaltgesetze.

Ein „Post“-Leser schreibt:

„Beim Lesen einer Lebensmittelzeitung fiel mir eine Notiz über die Ankündigung eines neuen Gesetzes auf. Danach soll jeder Bewohner oder jeder Haushalt von seinem im Besitz befindlichen Vorräten abgeben und nur 1 Kilogramm Fleisch, Butter, Fett, Mehl, 1 Kilogramm Grüns und Kraut für sich zurückbehalten dürfen.“

Es wird wahrlich unter der neuen Regierung mit jedem Tage bedenklicher. Die auf Aorien gewährten Lebensmittel sind so mäßig, daß man kaum gesättigt wird. Hiervon Ersparnisse zu machen ist ein Kunststück, und nun sollen diese im Laufe von vier Kriegsjahren mühsam zurückgelegten Ersparnisse, die jeder Besitzer mit seinem Gelde bezahlt hat, den Eigentümern entzogen werden. Diese für den Notfall — wenn Zufuhr ausbleibt usw. — zurückgelegten Nahrungsmittel sind und bleiben der eiserne Bestand jeder sorgsam geführten Haushaltung.

Wie kommt die Regierung dazu, ein so einschneidendes, verletzendes, die Bevölkerung bis ins Innerste aufregendes Gesetz erlassen zu wollen. Man kann dies



Tausende von Familien haben fast nur von Gemüsen und Erbsenmehl gelebt, um haltbare Lebensmittel für Notfälle zu ersparen, und nun sollen sie von diesen Vorräten abgeben! Das ist eine Härte, die jeder Beschreiber spottet und sehr bedenkliche Folgen haben wird. Das gesamte Volk muß gegen solche Gesetze Einspruch erheben.

Wie kommt die sorgsam waltende Familie dazu, ihre mühsam unter Entbehrungen ersparten wenigen Lebensmittel denen zu geben, die nichts ersparen wollen.

Die neue Regierung hat jedenfalls Sorge, daß sie ihren Kredit bei der Bevölkerung verliert und greift nach Maßnahmen, die bei der geordneten und mit Bedacht lebenden Bevölkerung eine allgemeine Empörung hervorrufen werden und zum Unheil des Volks gereichen müssen.

Deutsches Volk laß dir eine solche Vergewaltigung nicht gefallen; laß dir das, was dir rechtmäßig gehört und mühsam erspart ist, von niemand nehmen, denn dazu hat keiner ein Recht. Das ist Raub und muß nach dem Gesetz bestraft werden."

## Eine gemeine Tat.

### Eine gesprenzte Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei.

a. Köslin hat sich bisher sehr vorteilhaft von anderen Orten unserer pommerischen Heimat dadurch ausgezeichnet, daß hier die politischen Versammlungen sich in absoluter Sachlichkeit vollzogen. Die Parteien kämpften sich gegenseitig in ihren Anschauungen und manches harte Wort fiel auch wohl hier, aber die Ordnung wurde nirgends gestört. Die letzte Versammlung am Sonntagabend sollte nun hierin noch einen jähen Wechsel bringen und zu einer brutalen Vergewaltigung einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei führen.

Der einfache Tatbestand ist zunächst folgender: Durch eine Anzeige in der hiesigen demokratischen Kösliner Zeitung, die unterschrittslos erschienen war, waren die Sozialdemokraten, Männer und Frauen, besonders zu der Versammlung der Deutschnationalen am Sonntagabend 7 1/2 Uhr bei Zels eingeladen, in Massen zu erscheinen und sie hatten dieser Einladung Folge geleistet, obgleich die Sozialdemokratie zu gleicher Zeit selbst eine Versammlung zwecks Erledigung von Wahlvorbereitungen nach dem Gewerkschaftshause einberufen hatte. Als der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei mit dem Redner des Abends, Buchdruckerbesitzer Graef-Auklam, kurz vor festgesetzter Zeit erschien, der Saal war mehr als überfüllt, können den Herren sofort wilde Aufe wie „haut sie“, „da kommen sie“, entgegen. Kurz nachdem die Leitung der Versammlung am Vorstandstische Platz genommen hatte, nahm noch vor Eröffnung der Versammlung und ohne sich irgendwie mit dem Vorsitzenden ins Einvernehmen zu setzen, der hiesige Wahlführer der Sozialdemokratie Grünwald das Wort — wir haben die Rede nicht selbst gehört — und erklärte, daß die Anzeige eine Gemeinheit darstelle, da die Sozialdemokratie dadurch in ihrer Wahlvorbereitung gehindert sei, von Seiten der Sozialdemokratie sei die Anzeige natürlich nicht aufgegeben und Zohuwa-bahn war die Folge. Mehrere Sozialdemokraten sprangen auf die Bühne, der Vorsitzende bekam einen Stoß vor die Brust, der Redner des Abends, der noch kein Wort gesagt hatte, wurde hinter die Kulissen gestoßen, während seine Wappe mit den Manuskripten in großem Bogen mehrfach durch den Saal geschleudert wurde; im Saal wurden Stühle drohend geschwungen, eine Dame bekam einen Stoß vor die Brust, daß sie hinfiel; im Hintergrunde des Saales entwickelte sich eine regelrechte Prügelei, Fenster Scheiben klirren und in dieser bedrohlichen Situation konnte nur die Erklärung des Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Zube, Ruhe schaffen, daß die Versammlung nicht stattfinden würde. Damit war die Versammlung gesprenzt vor der Eröffnung.

Und nun die Betrachtung der Sachlage wobei wir auch auf die Erklärung der deutschnationalen Volkspartei „ein Vubenreich“ in heutiger Nummer hinweisen. Klar liegt es auf der Hand, daß von der deutschnationalen Volkspartei die verhängnisvolle Anzeige in der demokratischen Kösliner Zeitung nicht aufgegeben ist, denn keine Partei wird doch zu den einzelnen Versammlungen ihre Gegner auffordern, in Massen zu erscheinen, ebenso klar ist es, daß auch die befreundeten Parteien, deutsche Volkspartei und christliche Volkspartei, nicht einer derartigen Gemeinheit fähig sind. Auch die Sozialdemokratie scheidet aber aus, ihren Ausführungen ist Glauben zu schenken, umsomehr da ja tatsächlich ihre Wahlvorbereitungen geführt wurden, sie bisher auch nicht mit anonymen Anzeigen arbeitete. Nicht uninteressant ist es, daß diese Gedanken in seiner Eröffnungsansprache Rechtsanwalt Dr. Zube Ausdruck geben wollte, wie das Manuskript seiner Eröffnungsansprache beweist, das vor der Versammlung aufgeführt und, da die Eröffnungsansprache nicht gehalten wurde, im Original während des Tumultes einem sozialdemokratischen Leiter übergeben ist.

Wer bleibt aber nun übrig, der diese gemeine Tat begangen hat? Es kann doch nur jemand sein, der ein Interesse daran hatte, die deutschnationale Volkspartei zu schädigen, weil sie ihm im Wahlkampf zuwider geworden ist. Der Täter, der in der Kösliner Zeitung die Anzeige aufgegeben hat, wird natürlich nicht der Leitung einer politischen Partei angehören, wird auch die Kenntnis gefest haben und doch wird die Leitung dieser politischen Partei, nämlich der deutschnationalen Partei, denn eine andere kommt nicht in Frage, ihn nicht von ihren Reichthümern abschütteln können. Die Tat ist die Frucht der demokratischen Wahlagitation; gesteigert war die Wahlerregung von jener Seite bis zur Siehebe. Jetzt kommt die Folge, die Partei erntet, was sie säet; aber dafür ist gewarnt, daß der Täter dessen Name auf dem Anzeigen-Manuskript unleserlich ist, sobald seine Ermittlung feststeht, der Dessenlichkeit übergeben wird, er selbst aber zur Rechenschaft gezogen werden wird. Die bisher unternommenen Schritte zu seiner Ermittlung haben bereits zu guten Resultaten geführt, in wenigen Tagen hofft man die Sache geklärt zu haben.

Die Schuld trifft also die demokratische Partei, wir möchten aber doch noch betonen, daß auch die Sozialdemokratie nicht korrekt gehandelt hat, sondern daß man sich eines ziemlichen Wahlterrors schuldig gemacht hat. Warum verständigte man sich nicht zunächst mit dem Leiter der Versammlung? Warum nahm Herr Grünwald gleich das Wort zu seiner Erklärung, ohne sich um die Geschäftsordnung zu kümmern? Als nach der Grünwaldschen Erklärung Dr. Zube G. hat, doch seine Anhänger einen Augenblick zur Ruhe zu bringen, damit er auch eine Erklärung abgeben könne — der sozialdemokratische Wahlführer hätte dazu sicherlich die Macht — wurde ihm der Bescheid „machen Sie, was Sie wollen, an einer solchen Erklärung habe ich kein Interesse.“ Einmal mehr Besonnenheit auf sozialdemokratischer Seite hätte den Vubenreich sehr schnell vereitelt. Was wir am meisten bedauern, ist, daß nun die ganze Wahlbewegung hier mit einer Erbitterung zum Abschluß kam, die unnötig war zwischen Parteien, die ehrlieh und offen ihre Ueberzeugung vertraten und daß, nur weil ein Anhänger der demokratischen Partei dank der Agitation dieser Partei sich zu einer Gemeinheit hinreißen ließ.

Trefflich paßt zu diesen Vorgängen aber folgende Anzeige im „Stettiner Anzeiger“ vom 24. Januar:

## Zeugen gesucht!

Dienstag abend haben zwei oder drei Zettelanhänger der Deutschen Demokratischen Partei auf der Schloßstraße, Ecke Hubertusstraße, einen Gumnastasten, Mitallet des Deutschnationalen Jugendbundes, mit Stachseln und Fußtritten in bestialischer Weise mißhandelt. Zeugen, die diesen Verweis deutsch-demokratischen Mannesmißbrauch angehen haben und über die Person der Täter Mitteilungen machen können, wollen solche an die Deutschnationale Partei, Steglitz, Mittelstr. 2, gelangen lassen.

Die „D. Z.“ bemerkt dazu:

„So benehmen sich die Vertreter und Angehörigen einer Partei, die sich über die Kampfweise anderer entrüsten will. Es ist tief bedauerlich, daß man mit einer politischen Richtung ernsthaft kämpfen muß, die offensichtlich ordinäres Gesindel beherbergt. Bei keiner sozialistischen Richtung ist eine derartige Verrohung der Kampfweise zutage getreten, sie blieb der „bürgerlichen“ Deutschen Demokratischen Partei vorbehalten. Der Mannesmut ihres Gesindels scheint wirklich echt „deutsch“ zu sein.“

Wir haben dem nichts hinzuzusetzen.

## Das Wahlergebnis aus der Stadt Köslin

weist die bedauerliche Erscheinung auf, daß 614 Wähler weniger als zur deutschen Nationalversammlung ihre Wahlpflicht erfüllten. So haben alle Parteien Stimmen verloren, die christliche Volkspartei 6, die deutschnationale Volkspartei 14, die unabhängigen Sozialdemokraten 79, die Mehrheitssozialisten 83, die deutsche Volkspartei 125 und die Demokraten gar 308. Hier schriat doch mancher zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß er am letzten Sonntag auf falschen Wegen wandelte, denn der Verlust ist doch so groß, daß man ihn nicht einfach durch Wahlaushitt erklären kann, für die Parteien mit verbundenen Plsten — deutschnationale Volkspartei, deutsche Volkspartei, christliche Volkspartei — beträgt demgegenüber der Gesamtverlust nur 144 Stimmen.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 12807 gegen 13421; dies: verteilen sich folgendermaßen:

	Dt. nat. Pp.	D. Pp.	Chr.	Dem.	M. S.	U. S.
1. Wahlbez.	151	59	26	209	369	17
2. Wahlbez.	140	92	18	440	423	16
3. Wahlbez.	40	27	9	194	508	17
4. Wahlbez.	133	51	13	302	640	33
5. Wahlbez.	52	13	3	155	568	22
6. Wahlbez.	17	15	3	165	797	26
7. Wahlbez.	394	152	16	26	158	4
8. Wahlbez.	168	120	10	251	307	6
9. Wahlbez.	175	74	8	247	213	17
10. Wahlbez.	98	80	26	213	104	4
11. Wahlbez.	201	72	25	361	212	16
12. Wahlbez.	138	42	2	313	214	16
13. Wahlbez.	140	61	11	480	645	18
14. Wahlbez.	161	64	8	364	394	21

## Bisheriges Ergebnis aus dem Kreise Köslin.

Deutschnational. Volkspartei	3170 (2936)
Deutsche Volkspartei	632 (1003)
Zentrum	15 (8)
Deutsche Demokratische Partei	3235 (3177)
Sozialistische Mehrheitspartei	3418 (3011)
Unabhängige Sozialisten	16 (76)

Die Zahlen in den Klammern sind die für die Deutsche Nationalversammlung abgegebenen Stimmen.

Nach den vorliegenden Ergebnissen haben bis jetzt gewonnen: die Deutschnationale Volkspartei 231 Stimmen, das Zentrum 7 Stimmen, die Deutsche Demokratische Partei 58 Stimmen, die Sozialistische Mehrheitspartei 407 Stimmen, verloren haben die Deutsche Volkspartei 371 Stimmen und die Unabhängigen Sozialisten 60 Stimmen. 15 Bezirke stehen noch aus.

## Ein Wahlprotest.

Wie wir erfahren, sind in Stadt und Land gestern mehrtach Stimmzettel Malkewitz oder Mittelmann, vom letzten Sonntag herstammend, für ungültig erklärt worden. Hier liegt ein Irrtum vor, Zettel auf denen auch nur ein Name stimmt, gelten, im ersten Falle ist Mengel bei den Zetteln gemeinsam, im zweiten Falle Mittelmann selbst. Es ist daher Protest angemeldet, und es werden die Zettel in Steutin wieder für gültig erklärt werden.

## Wahlergebnisse aus der Provinz.

Belgard. Deutschnationale Volkspartei 1038 (mehr 183 St.), Deutsche Volkspartei 538 (weniger 155 St.), Zentrum 19 (mehr 2 St.), Deutsche demokratische Partei 1247 (weniger 287 St.) Sozialistische Mehrheitspartei 2031 (weniger 88) Stimmen.

Pölsin. Deutschnationale Volkspartei 709 (mehr 21 St.), Deutsche Volkspartei 351 (weniger 141 Stimmen), Deutsche demokratische Partei 352 (weniger 86 St.), Sozialistische Mehrheitspartei 1153 (weniger 81) Stimmen.

Stettin. Deutschnationale Volkspartei 9032 Stimmen (weniger 220), Deutsche Volkspartei 17104 Stimmen (weniger 2000), Zentrum 177 St. (weniger 100), Deutsche demokratische Partei 25762 St. (weniger 5000), Sozialistische Mehrheitspartei 49625 Stimmen (weniger 12000) und Unabhängige Sozialisten 5682 (weniger 3000 Stimmen).

## Kundschau.

### Ausritt des Generals von Winterfeldt aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 24. Januar. In der heutigen Vollversammlung in Spaa kündigte General von Winterfeldt an, daß er von seinem Posten in der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa zurücktrete. Den Anlaß gab eine Mitteilung des Generals Foch, die von General Nudant verlesen wurde. Foch erklärte darin kurz, daß der Abschnitt östlich von Straßburg auf Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstandes binnen sechs Tagen vom 23. Januar, abends 6 Uhr, besetzt werden wird. General von Winterfeldt erklärte sofort: „Ich habe Herrn General Nudant bereits in einer privaten Unterredung mitgeteilt, daß ich in der Besetzung dieses Brückenkopfes ein derartiges Zeichen von Mißtrauen gegen die Arbeit der Kommission sehen würde, daß ich an dem Tage, an dem ein solcher Befehl gegeben wird, um Ablösung von meinem Posten bitten werde.“

eingetreten.“ General Nudant erwiderte: „Ich kenne keinen der Gründe, die den Marschall Foch zu seiner Maßnahme bestimmen, aber ich bin nahezu über, daß sich diese Maßnahme in keiner Weise auf die Arbeit der Kommission gründet. Ohne den Schritt des Generals von Winterfeldt einem Urteil unterziehen zu wollen, muß ich doch sagen, und zwar rein persönlich, daß ich eine solche Entscheidung bedauern würde. Es freut mich, die vollendete Form der Beziehungen, die zwischen uns geherrscht haben, anerkennen zu können.“

### Die Fettversorgung Deutschlands.

Berlin, 26. Januar. Wie bereits kurz mitgeteilt, haben bezüglich der Fettversorgung Deutschlands Verhandlungen in Spaa stattgefunden. Die Deutsche Waffenstillstandskommission hatte geltend gemacht, zur Aufrechterhaltung der Fettversorgung Deutschlands sei es unbedingt notwendig, daß die in den besetzten linksrheinischen Gebieten befindlichen Fabriken, welche Fett verarbeiten (Margarinefabriken, Klauenfabriken, Dehlmühlen, Feintalgsmelzen usw.) weiterhin für das gesamte Deutschland arbeiten können. Diefür sei erforderlich, daß schon, ehe die Frage des Güteranstrausches endgültig geregelt wird, solche Fertigfabrikate aus den besetzten linksrheinischen Gebieten nach dem Osten ausgeführt werden dürfen, deren Rohstoffgrundlagen vom Osten her an diese Fabriken geliefert worden waren. — Dazu teilt General Nudant als Entscheidung Fochs mit, daß ohne jede Ausnahme die Ausfuhr der täglichen Produkte fetthaltiger Stoffe aus den linksrheinischen Gebieten nach dem Osten genehmigt sei.

### Deutsche Waffenstillstandskommission.

#### Wie sie abrüsten.

Rotterdam, 25. Jan. Der „Newyork World“ wird aus Paris gemeldet, daß der Entwurf über den Völkerverbund das Unterseeboot als Kriegsmittel vollkommen verwirft und von allen Ländern, die den diesbezüglichen Vertrag unterzeichnen, fordert, daß sie alle Waffen dieser Art vernichten. Die Engländer und Amerikaner haben eine große Abneigung gegen die Absichten der französischen Militärs auf den Besitz des linken Rheinuferes, ebenso auch gegen die italienischen Forderungen bezüglich der östlichen Adriatische.

Rotterdam, 25. Januar. „Newyork Sun“ erfährt aus Paris, daß die Friedenskonferenz gestern über die Rüstungseinschränkungen verhandelt hat. Lloyd George setzte auseinander, daß die britische Flotte nicht vermindert werden könne, Clemenceau, daß Frankreich ein Heer haben müsse, das größer sei, als es jetzt ist.

(Es hat sich selten so deutlich gezeigt, wie sich die Entente die allgemeine Abrüstung denkt: Die Britenflotte muß unangestastet bleiben — das einzige Abwehrmittel anderer Nationen aber, die U-Boote sollen verschwinden! Und die Herren Franzosen brauchen „zu ihrem Schutz“ nicht nur den Rhein als Grenze, sondern auch ein größeres Heer, denn bisher. Alle anderen müssen zur Abrüstung gehalten sein. nur England und Frankreich bauen ihre Rüstung zur See bezw. zu Lande weiter aus. Nur diese? Baut nicht auch die Union nach dem neuen Flottengesetz Schiffe um Schiffe und verstärkt ihre Seerüstung, um Japan (und wohl auch Britannien!) gewachsen zu bleiben. Und aus alledem soll ein „Wilson-Friede“ des Rechts, der Völkerverbündung und der allgemeinen Abrüstung erwachsen. Das Bild umschleierte sich mehr und mehr. Schriftl.)

### Zusammenstöße zwischen Italienern und Franzosen in Fiume.

Lugano, 24. Januar. In Fiume kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kroaten, Serben und Franzosen einerseits und Italienern andererseits. Die Zensur unterdrückt zwar die Einzelheiten der Vorgänge, doch erfährt man immerhin, daß von Seiten der dortigen serbischen Offiziere und der kroatischen Bevölkerung sowohl die italienischen Einwohner Fiumes, als die italienischen Offiziere mißhandelt und verwundet wurden.

## Politische Tageschau.

— Beratungen über die zukünftige deutsche Verfassung. Berlin, 25. Januar. Im Bundesratssaal des Reichsamt des Innern begann heute eine unerbittliche Aussprache der Vertreter der deutschen Einzelstaaten über den Entwurf der künftigen Reichsverfassung, wie er durch den Staatssekretär vorgelesen ist. Die Sitzung, an der die gesamte Reichsregierung der Zentralrat und die Vertreter der Freistaaten teilnahmen, wird von dem Volksbeauftragten Ebert geleitet. Die Verhandlungen besaßen sich zunächst nur mit dem ersten Teil des vorgelegten Entwurfs, nach der Lage nach der Umgrenzung und der Stellung der einzelnen Freistaaten innerhalb des Reichsganzen. Der Staatssekretär unterrichtete in seinen einleitenden Ausführungen die zwingende Notwendigkeit, das Reich als Einzelkörper zu festigen. Soweit die zurzeit bestehenden Einzelstaaten solcher Lebensnotwendigkeit des Reiches entgegenstehen, müßten sie sich eine Umgestaltung gefallen lassen. Der bayerische Ministerpräsident Eisner bringt im Namen der süddeutschen Staaten, inbegriffen Sachsen, den Vorschlag eines Vorstages ein, durch dessen Annahme die weitere Erörterung des Verfassungsentwurfes sich erübrigen könne.

Die Vertreter von Sachsen und Württemberg erklärten aber ausdrücklich, daß sie durch ihre Zustimmung zu dem Eisnerischen Eventualvorschlag keineswegs die Diskussion des Verfassungsentwurfes unterbinden wollten. Gemäß dem entscheidenden Hinweis des Vorsitzenden Ebert, daß unter keinen Umständen durch die Annahme des einen oder anderen Vorschlags die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt werden dürfe, wird die Diskussion eröffnet.

Als erster spricht im Namen des preussischen Staatsministeriums Minister Dirsh. Er erklärt, daß er der Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, die der Entwurf des Staatssekretärs Frenck leider nicht antreibe, sympathisch gegenüberstehe. Als Vertreter von Anhalt wendet sich Minister Heine gegen den preussischen Vorschlag. Er glaubt, daß es kaum üblich sein dürfte, eine neue Gruppierung des Reiches nach Wünschen des Volkes vorzunehmen, daß vielmehr jede derartige neue Gruppierung die bürokratische Arbeit der jeweiligen Regierung sein wird.

— Wahlenhaltung in Hohenzollern. Die Zentrumspartei, die Deutsche demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Bürgerpartei in Hohenzollern fordern ihre Wähler auf, am 26. Januar zur preussischen Landesversammlung nicht zu wählen, da den Parteien keinerlei Gelegenheiten geboten gewesen sei, bei der Ausstellung der jetzt bekanntgewordenen Wahlvorschläge mitzuwirken. Hohenzollern (der Regierungsbezirk Sigmaringen) gehört zum 21. preussischen Wahlkreis (Koblenz-Trier).

— Der Grenzschutz für die Dänemark. Der Grenzschutz für die Dänemark wird in Frankfurt an der Oder zusammengeheftet. Donnerstag und Freitag sind Truppen für die freiwilligen Regimenter dorthin abgegangen. Die Stimmung der Soldaten wird als eine gute bezeichnet. Für Schneidemühl ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Bürgerwehr, die alle besseren Elemente umfaßt, ist jetzt tausend Mann stark und verleiht den Dienst in durchaus befriedigender Weise, so daß die in der genannten Stadt befind-



Nachrichten aus Polen. Braunschweig, 26. Januar. Bandenansammlungen bei Mitterdorf, Eichhorst und Brühlendorf wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachte eine Anzahl Gefangener ein. Die polnischen Banden internierten die friedlichen deutschen Bewohner von Schmelberg und Umgegend. Berlin, 25. Januar. Die Nachricht, daß Verhandlungen mit den Polen in Berlin stattfinden, bestätigt sich nicht. Auch die Meldung von der Besetzung von Schönlanke durch die Polen ist unbegründet. Posen, 25. Januar. Auf Befehl des hiesigen polnischen Armeekommandos wird der Privat-Telegraphen- und Fernsprechverkehr des von den Polen besetzten Gebietes der Oberpostdirektion Posen und Bromberg von heute ab eingestellt. Von der Beförderung ausgeschlossen sind fernerhin Briefe von Privatpersonen von und nach den von den polnischen Truppen nicht besetzten Gebieten. Zur Beförderung im Privatverkehr zugelassen werden außer Karten, Geschäftsbriefe, die offen ausgeliefert werden müssen. Generalstreik in England? In den Bezirktbüros der Arbeiterpartei in London ist die Nachricht angeschlagen, daß auf Grund der einlaufenden Berichte über den Ausbruch der Streikbewegung in den verschiedenen wichtigsten Industrien eine allgemeine Arbeitseinstellung im ganzen Lande zu erwarten ist.

#### Portugal.

— Dporto bombardiert. Die Truppen unter Silvaranos schloßen sich den Royalisten in Santarem an und leiteten den Befehlen der Regierung nicht Folge. Nach Blättermeldungen aus Madrid haben einige portugiesische Kriegsschiffe die Stadt Dporto bombardiert. Die Armee steht auf Seiten der Revolutionäre, die Marine ist der Regierung treu geblieben. (Western hieß es die Flotte steht auf Seiten der Royalisten. — Schriftl.)

### Die Kartoffelpreise unter der sozialistischen Miswirtschaft.

Einer der Köder, mit denen die Sozialdemokratenführer das deutsche Volk zur Revolution verlockten, war die trügerische Aussicht auf die mit einem schnellen Friedensschluß alsbald eintretende Verbesserung und Verbilligung der Ernährung. Statt ihrer ist bekanntlich infolge der Unordnung der Revolution die Gefahr der Hungersnot herausbeschworen, selbst die notwendigen Lebensmittel drohen immer knapper zu werden. Die Kartoffelversorgung der Großstädte beginnt zu stocken, und obendrein ist jetzt in Berlin, ebenso wie in anderen Großstädten, der Kartoffelpreis, der mit zehn Pfennig schon empfindlich hoch war, um weitere 2 Pf., auf 12 Pf. für das Pfund erhöht worden, ein Vorgehen, das gegenwärtig, kurze Zeit nach der Kartoffelernte, höchst bedenklich ist und für die kommenden Monate sehr trübe Aussichten eröffnet. Unwissende oder böswillige Leute sind selbstverständlich sofort wieder bei der Hand, um gegen die „wucherischen Agrarier“ zu hetzen. Dabei könnte jeder wissen, daß die Landwirte mit dieser Preissteigerung nichts zu tun und von ihr nicht den geringsten Vorteil haben. Es handelt sich vielmehr um eine Maßnahme, die der Arbeitsausbeutung der Groß-Berliner Gemeinden beschloßen hat. Auch in Hamburg, Dresden, Essen, Breslau, Köln, München und so weiter sind die Kartoffelpreise durch Beschluß der Gemeinden erhöht. Der Preis für Kartoffeln der bei direktem Bezug vom Landwirt vor wenigen Jahren in Pommern 1,75 Mark bis 2,00 Mark und noch im zweiten Kriegsjahr selbst im industriellen Sachsen 3 Mark betrug, ist durch die Maßnahmen der Zwangsbeschaffung damit allerdings auf eine Höhe hinaufgetrieben, die dieses notwendige Nahrungsmittel manchen Bevölkerungsteilen fast unerschwinglich macht. Und sehr bezeichnend sind die Gründe, die der Arbeitsausbeutung der Groß-Berliner Gemeinden für die Preissteigerung anhängt: „Sie erscheint in diesem Jahre unbedingt notwendig, um die Gemeinden vor allzu großen finanziellen Aufwendungen, insbesondere für die überaus hohen Arbeitslöhne und Beförderungskosten hat sich der Gehaltspreis der Kartoffeln soweit erhöht, daß selbst bei Herausziehung auf 12 Pfennig in den meisten arbeitslosen Bedarfscommenden nicht einmal die Gehaltskosten voll zur Deckung gelangen.“ — Kurz gefaßt: Die sozialistische Miswirtschaft mit ihren unsinnigen Lohnsraubereien trägt die Schuld, daß das wichtigste Volksnahrungsmittel weiter verteuert wird. Diese sozialistische Miswirtschaft ist ja auch der Grund, für die Kartoffelknappheit in den Großstädten. Denn die sinnlosen Unterstellungen an Arbeitslose, vielfach Arbeitsunfähige, die in den Großstädten ausgezehrt werden, haben dort hunderttausende von kräftigen Leuten zurückgehalten, während draußen die Kartoffelernte nicht eingebracht werden konnte und zum Teil sogar verloren ging. Und um die riesigen Summen, in Groß-Berlin täglich Millionen allein an Arbeitslosenunterstützungen, die unter dem sozialistischen Regime veran werden, wieder einzubringen, wählt man sich die Kartoffel als Belastungsobjekt! Der Kartoffelpreis soll möglichst in allen Gemeinden die so künstlich emporgeschraubten Gehaltskosten „voll“ decken; das ist

die soziale Weisheit unter der Revolution! So heißt die Erfüllung der Versprechungen aus, mit denen die Sozialdemokratenführer die Ebert und Scheidemann das deutsche Volk für die Revolution gefordert haben!

### Lokales und Provinzielles.

Abstin, den 27. Januar 1919.  
Zum 28. Januar: Wondausg. 5,10. Mondunterg. 1,01. Sonnenaufgang 7,52. Sonnenuntergang 4,35.

— Glückwünsche für den Kaiser. Reichlich spät, leider erst am vorigen Donnerstag, wurde in hiesiger Stadt angeregt, Kaiser Wilhelm dem Zweiten zu seinem heutigen Geburtstag einen Gruß zu entbieten. Obwohl viele Bewohner keine Kenntnis von diesem Vorhaben hatten, da die Kösliner Zeitung einen Hinweis darauf glatt ablehnte, trugen trotz der kurzen Zeit von 1 1/2 Tagen bis zur Abendung des Telegramms fast tausend Personen ihre Namen in die an nur 6 Stellen aufgelegten Listen ein. Diese Zahl würde nach dem allgem. Urteil der Unterzeichneten sich um ein Vielfaches erhöht haben, wenn die Absicht früher bekannt gewesen wäre.

— Gemeindevahlen. Die preussische Regierung erläßt mit Gesetzeskraft eine Verordnung zur anderweitigen Regelung des Gemeindevahlrechts. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden im allgemeinen in unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitze der deutschen Reichsbürgerrechte befindlichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die gegenwärtigen Gemeindevahlvertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntag bis spätestens zum 2. März 1919 zu erfolgen.

— Erziehung unserer Jugend. An dieser Stelle wurde während des Krieges bereits darauf hingewiesen, wie der leidige Krieg unsere heranwachsende Jugend vielfach ungünstig beeinflusst hat. Es wurde für dringend geboten gehalten, auf strengere Zucht in Schule und Haus und auf ein gutes gesittetes Benehmen der Kinder beim Verkehr auf der Straße in geeigneter Weise hinzuwirken. Nachdem jetzt die Väter zum größten Teile aus dem Heeresdienst entlassen sind und die Mütter sich nun wieder mehr dem eigenen Haushalte widmen können, muß angenommen werden, daß die Eltern im eigenen Interesse sich eingehender und eifriger um die Erziehung ihrer Kinder kümmern werden, um etwa in Erscheinung getretene Missetände in der Erziehung der Kinder zu beseitigen. Für die schulpflichtige Jugend sei es den Eltern warmstens empfohlen, mit den Lehrern bezw. Schullehrern häufiger Rücksprache zu nehmen. Auch die schulentlassene Jugend, männlichen und weiblichen Geschlechts, bedarf einer sorgfameren Beaufsichtigung, namentlich ihres Verkehrs und ihres Verhaltens außer dem Hause. Auf das Betreiben des Jünglings- und Jungfrauenvereins wird empfohlen hingewiesen.

— Belgard. Abgefahrener Milchdieb. Dieser Tage gelang es, den Milchfischer des Wetzlers Schaffer-Uhlenburg dabei abzufassen, wie er bei der Molkerei aus jeder Milchkanne etwas Milch in eine kleinere Kanne absoß und sie dann beiseite verkaufte. Die so entwundene Milch (drei Liter täglich) verkaufte der Milchfischer an einen Postkaffeehändler pro Liter mit 60 Pf., so daß er täglich eine Nebeneinnahme von 1,80 Mark in seine Tasche steckte. Dieses unsaubere Geschäft betrieb der ehrlose Kaffeehändler schon längere Zeit, konnte aber niemals dabei erriepen werden.

— Polnow. Besitzwechsel. Kaufmann Hugo Sannemann hier kaufte das der Witwe Weinberg gehörige, am Markt gelegene Hotel „Berliner Hof“ für 43.000 Mark. — Der Besitzer Fritz Neuter verkaufte sein Hausgrundstück Schloßstraße 21 für 23.000 Mark an den Photographen Theodor Koffian hier.

— Bublitz. Hotelverkauf. Das Hotel „Schwarzer Adler“ geht am 1. Februar in den Besitz des bisherigen Oberkellners im Hotel von Groß August Beisler, über.

— Wittow. Zur Beleuchtungs- und Betriebskraftnot. Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung fand gestern Donnerstag nachmittags drei Uhr statt. Zur Beratung standen nur zwei Vorlagen und zwar die Beleuchtungs- und Betriebskraftnot der Gasmotoren im Wasserwerk und Beschaffung wegen Ertrag durch Elektrizität und Kostenbewilligung dafür. Es wurde beschloßen, sofort einen 20 Ps. Elektromotor anzuschaffen, der auf dem schnellsten Wege in Erfurt bezogen werden soll. Für Beschaffung des Motors und für Kabelleitung wurde ein Betrag von 10500 Mk. bewilligt. Ferner wurde beschloßen, auch das Rathaus und das Krankenhaus an das städtische Elektrizitätswesen anzuschließen. — Zur Stärkung der städtischen Betriebsmittel wurde eine weitere Anleihe von 50.000 Mark aus der Stadtparkasse bewilligt. Die feinerzeit für diesen Zweck aufzunehmende erste Anleihe in derselben Höhe ist bereits verbraucht.

— Wangerin. Flugzeug-Rotlandung. Mittwoch nachmittags passierten zwei Flugzeuge vom Flugplatz

Köslin unsere Stadt. Stater dem Stadtwalde wurde ein Flugzeug wegen Motordefekt zur Landung gezwungen. Der Flieger, Fliegerleutnant Cuiper aus Berlin-Dahlem, stürzte ab und erlitt starke Schenkelverletzungen, sodas seine Aufnahme im hiesigen Krankenhaus erfolgen mußte. Sein Begleiter kam ohne Schaden davon; das Flugzeug wurde zum Teil zertrümmert.

— Altdamm. Pferdebstahl. Aus dem hiesigen Pferdepark wurden nachts sieben Pferde gestohlen, mit denen die Diebe spurlos verschwunden sind.

— Stettin. Eine Erklärung des Stettiner Arbeiters- und Soldatenrats. Aus Anlaß der Besetzung Liebnichts am letzten Sonnabend verfaßte der Stettiner Arbeiter- und Soldatenrat eine Notiz an die Presse mit dem Ersuchen um Veröffentlichung, die folgendermaßen lautet: „Meber die schreckliche Mordtat an den Vorkämpfern des Proletariats spricht der Arbeiter- und Soldatenrat Stettin sein tiefstes Bedauern aus.“ — Das Liebnicht „ermordet“ wurde, heißt jedenfalls nicht fest. Die Untersuchung darüber, wie sein Tod erfolgte, dauert in Berlin noch an, und es ist für eine „offizielle Stelle“ eigentümlich, mit einer festgestellten Meinung in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.

### Vermischtes.

— Liebnichts Beerdigung. Die Berliner Unabhängigen hatten beabsichtigt, die für letzten Sonnabend mittag angekündigte Beerdigung des rechtmäßig auf der Flucht erschossenen Spartakushauptmanns Liebnicht zu einer Strafenkundgebung a la Spartakus zu machen. Dieses Vorhaben ist von den Regierungsstruppen gründlich durchkreuzt worden. Von zehn Uhr etwa ab waren die Zugänge zum Potsdamer Platz und zur Sieges-Allee gesperrt, Maschinengewehre und Geschütze aufgeschossen und Schilder mit der Aufschrift: „Halt! Wer weiter geht, wird erschossen!“ Die bekümmerte militärische Sprache wirkte. Wer durch die Postenfette wollte, mußte sich über seine Persönlichkeit ausweisen. Den zahlreichen Deputationen mit riesenhaften Kränzen, die rote Schleifen trugen, wurde bedeutet, daß ihre Aufstellung in der Sieges-Allee nicht gebudet werden würde und sie nach dem Friedhofshain abgehen sollen, wo die Beerdigung stattfindet. Dem Befehl wurde in allen Fällen widerspruchslos Folge geleistet. Dem Leichenzug selbst wurde ebenfalls der ganz überflüssige Umweg durch die Stadt unterbunden.

Am Friedrichshain versammelten sich gegen 1 Uhr sowohl die Deputationen wie ungeheure Massen Neugieriger eingetroffen, die auf das Eintreffen des Leichenzuges warteten.

Der Trauerzug, der sich vom Westen nach dem Friedhof Friedrichsfelde bewegte, zählte viele Tausende Leidtragende. Dem Sarge Liebnichts folgten 32 Särge mit den Opfern der letzten revolutionären Straßenkämpfe. Der Sarg Liebnichts war bedeckt von zwei Niesenkranzen aus Rosen, von denen jeder einzelne tausend Mark gekostet hatte. Auf ihnen hand geschrieben: „Er war ein wahrer Freund des Volkes, darum wurde er gehetzt, verfolgt und ermordet.“ (1) Die Trauerrede hielt die Genossin Frau Luise Zieb.

— Ein Opfer der Gasperre. In einem der letzten Tage ist in Leipzig ein Mann dadurch ums Leben gekommen, daß er den Gasbahn, nachdem das Gas infolge der Sperre erlosch war, nicht geschlossen hatte. Als später das Gas nach Aufhebung der Sperre wieder auströmte, ist der Mann im Schlaf erstickt. — Das Vorkommnis sollte zur Warnung dienen.

— Weitere Einschränkung des Personen- und Schnellzugverkehrs. Amtlich wird mitgeteilt: Obwohl der Verkehr der Personen- und Schnellzüge schon bisher zum Nachteile aller, die auf die Benutzung der Eisenbahn angewiesen sind, überaus stark eingeschränkt war, sieht sich die Staatseisenbahnverwaltung doch gezwungen, abermals weitere empfindliche Einschränkungen im Personen- und Schnellzugverkehr vorzunehmen. Sie treten bereits heute in Kraft. Von heute ab werden im ganzen Deutschen Reich kaum noch ein Duzend Schnellzüge verkehren. Der Grund dieser schweren, für das Wirtschaftsleben äußerst nachteiligen Maßnahmen ist in erster Linie die unaufhaltsame Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Entente-mächte. Außerdem erhöht sich die Zahl schadhafter Lokomotiven infolge geringer Arbeitsleistungen der Werkstätten herab. Die Zahl betriebstüchtiger Lokomotiven und Waggons nimmt von Tag zu Tag in erschreckender Weise ab. So sehr das Wirtschaftsleben nach Besserung drängt, so ist mir möglichen, wenn die Entente-mächte bei der Uebernahme der Betriebsmittel billige Rücksicht walten lassen und wenn die Arbeiterschaft in der Reparaturwerkstätten die Wiederherstellung der schadhaften Lokomotiven und Wagen mit allen Mitteln betreibt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Pipski, für den Anzeigenteil: Max Haug, Druck und Verlag der Fürstentümer Zeitung N. O. Sämtlich in Köslin.

### Sein Erbe.

Roman aus dem russischen Leben.  
Von W. W. ... (S. Ketz.)  
(76. Fortsetzung.)

Hatte er geträumt?  
Es war ihm als hätte jemand laut geschrien in seiner Nähe. Wie er so einige Augenblicke lauschend aufrecht saß, hörte er es wieder — es war in nächster Nähe das Wiehern eines Pferdes, wahrscheinlich seines Pferdes. Er erhob sich und kam hinter dem Hause her zu.  
Noch war es dunkel, aber die ersten schwachen Lichtwellen des aufsteigenden Morgens breiteten etwas wie Dämmerung über das Land.  
Dort am Zaune, vielleicht fünfzig, sechzig Faden von seiner Schlafstelle entfernt, sprang in langem Galopp ein Reiter dahin. Wer mochte das sein?  
Hannes fittelte sein Pferd und war es im Begriff, aufzustiegen, als von dem Ende des Dorfes her, wo jener Reiter hergekommen war, gelendes Hufen und Schreien herüberdrönte.  
Kaum sah der Laufstier im Sattel und sprang auf die Straße hinaus, als er auch schon von jenem Ende Menschen herlaufen sah. Er ritt ihnen entgegen und erkannte den Sohn des Schulzen und einen russischen Knecht.  
„Der Barri ist eben dort hinausgeritten! Er hat meinen Vater totgeschlagen! Bangt ihn!“ schrie des Schulzen Sohn von weitem.  
Im Nu war das kleine Pferdchen herumgeworfen, und die langersehnte Jagd begann.  
Dort war der Reiter hinaus, nach einigen Minuten, auf der nächsten Höhe mußte Hannes ihn sehen können, einerlei, nach welcher Richtung er sich dann wenden würde.  
Jetzt auf der Höhe hielt er Mundschau.  
Nichtig, dort links, schon ziemlich weit weg, sah er den Reiter.  
Das mußte auch kein gewöhnliches Tier sein, das ihm trug, sonst hätte es diese Strecke in den wenigen Minuten nicht zurücklegen können.  
Nun, Hannes ließ seinem Pferde auch den Sägel und schnalzte noch mit der Zunge um es zur ganzen Kraftanwendung zu erregen. Weit vorneüber jagte er so dahin, nicht ohne den Hochgenuss zu spüren, der ihm darin lag, daß er nicht umsonst auf den Häuber gelauert hatte.  
Durch eine sanfte Anhöhe war der Verlatte für eine Zeitlang seinen Blicken entzogen, um so mehr, trieb Hannes sein Pferd an.  
Was war das für ein ...

Der Häuber hatte offenbar so bald keine Verfolgung erwartet, denn er hatte sein Pferd in einen gemütlichen Trab verkehrt, die Richtung nach Westen eingeschlagen und schien sich in aller Ruhe eine Papiros zu drehen.  
Da die Sonne gleich aufgehen mußte, war das volle Tageslicht schon über das Feld ausgebrochen.  
Hannes sah deutlich, wie der Räuber zusammensuhr, als er so nahe hinter sich einen Verfolger sah; die Papiros fiel zur Erde, und das Pferd mußte wieder das raiende Tempo anschlagen, dessen es fähig war.  
Obwohl durch die Unachtsamkeit von Seiten des Feindes Hannes viel gewonnen hatte, so schien es jetzt doch bei der Jagd auf Tod und Leben, als vergrößerte sich die Entfernung zwischen den beiden Reitern.  
Dort sah man rechts Rauch von irgendeiner Ansiedelung aufsteigen, und Menschen, die vor den Häusern standen, sahen dem tosenden Reiter offenbar mit gespannter Aufmerksamkeit zu.  
Weiter, weiter! Und diese Ansiedelung verank hinter ihnen und weiter rastete die beiden.  
In der Ferne kamen Knechte mit mehreren Pferden, Ochsen und Pflügen.  
Wahrscheinlich zur Arbeit.  
Sie sahen die Reiter und verließen Hannes winkende Arme. Einer trennte sich von der Gruppe und galoppiert dem Häuber entgegen, um ihm den Weg abzuschneiden.  
Aber der Häuber schien kaum vorwärtszukommen; eine leise Schwenkung nach links und die Gefahr ist für den Verfolgten vorüber.  
Vor ihnen dehnten sich gepflügte Felder aus, dort kann man nicht so rasch reiten.  
Wird er einen anderen Weg einschlagen? Nein, auf einem Rahn, der ungepflügt liegen geblieben, sprang der offenbar Ortskundige dahin.  
Hannes triftete die Stirn und auch sein Pferdchen ward nach — aber aufgeben konnte man die Gese nicht. Weiter, weiter, als kostet es das Leben!  
Da liegt schon die Eisenbahnlinie vor ihnen. Sind sie schon so weit gefahrt?  
Wie ein Pfeil flog des Häubers Pferd über die Schienen und es scheint, als sei es noch frisch.  
Im stillen mußte Hannes sich wundern, wie geschickt sein Feind sich den Weg suchte; fast immer waren es Weidenbüsche oder kleine Grenawäse, niemals mehr kam er einem Dorfe näher, und wenn irgendwo in der Ferne sich Wagen oder Menschen zeigten, mußte er heizet die Entfernung zu berechnen und so auszuweichen, daß

Da der Umbau für die Kinderstippe beendet ist, soll mit dem Betrieb der Kinderpflege am 1. Februar wieder begonnen werden. Anmeldungen von Tag- und Nachtlindern werden jetzt täglich in den neuen Räumen, Am Kamp 31, entgegengenommen.  
Dasselbst findet auch am Mittwoch, den 29. d. M., vormittags 10 Uhr, eine Mitgliederversammlung statt, zu der die Mitglieder vollzählig zu kommen gebeten werden.  
Die Vorstehende.  
E. Trantow

**Holzverkauf.**  
Donnerstag, den 30. d. Mts., von vorm. 9 Uhr ab sollen in der v. Schmeling'schen Forst zu Gudenhagen  
**180 m Buchen-Kloben u. 80 Haufen Strauch**  
mitbietend verkauft werden. Verkaufsort Merinotrist.  
Redakteur, Forstausseher.

**Aus dem Heeresdienst entlassen, nehme meine Tätigkeit wieder auf.**  
**Ewald Beihl,**  
Auktionator und Taxator, Hospitalstr. 9, 1 Trp.  
**Stunks-Boa**  
Sonnabend abend bei Jels ver-



Gestern vormittag 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr entschlief sanft und unerwartet nach schwerem Leiden im 77. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter und Schwiegermutter, unser liebes Onkelchen, Schwägerin und Tante

**Frau Bertha Carus** geb. Kropp.

Köslin, den 27. Januar 1919.

Dies zeigen tiefbetrübt an

August Carus nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vom Trauerhause, Papenstr. 6, aus statt. Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

### Bekanntmachung.

Es sind in folgenden Geschäften Ledtuchen als Ersatz für Zwieback für Kinder und Kranke zu haben:

Mix, Junkerstraße,  
Schumann, Wilhelmstraße,  
Sommerfeldt, Böttcherstraße,  
Schröder, Hohetorstraße,  
Stern, Schulstraße,  
Bewersdorff, Neuetorstraße.

Auf eine Marke sind 5 Rollen Ledtuchen zu verabfolgen. Nach Verkauf der Ware sind die Marken auf dem Lager, Markt 7, abzuliefern.  
Köslin, den 18. Januar 1918.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Auf die durch das Amtsblatt, durch Anschlag im Rathaus, im Stadthaus und Anschlag an den öffentlichen Säulen veröffentlichte Bekanntmachung und Nichtgeschehen über Beschlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufspflicht von Leder, Lederabfällen, rohen Grobviehhäuten und Rohhäuten vom 19. Oktober 1918 wird hiermit besonders hingewiesen.

Köslin, den 18. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung  
Dr. Pusch.

### Bekanntmachung.

#### Befehl.

1. Sämtliche Kriegs- und Zivilgefangene, die aus den zur Entente gehörigen Ländern stammen, nämlich Franzosen, Belgier, Engländer, Serben, Italiener, Portugiesen, Japaner, Amerikaner, Montenegro, Griechen und Brasilianer, die sich noch in Gefangenenlagern, Lazaretten, Irrenanstalten, Gefängnissen oder Arbeitskommandos befinden, haben sich sofort schriftlich oder mündlich bei der in Stettin, Viktoriapark, eingetroffenen englischen Delegation zu melden.

2. Alle Militär- und Zivilpersonen, denen der Verbleib eines alliierten Kriegsgefangenen, gleichviel ob gesund oder krank, bekannt ist, haben entsprechende Angaben sofort der nächstgelegenen Lagerkommandantur oder Zivilbehörde zu machen, Militärpersonen ihrer vorgesetzten Kommandobehörde.

Diese Behörden haben die gemachten Angaben sofort drähtlich dem Generalkommando mitzuteilen.

3. Wer einen Kriegsgefangenen der Alliierten gegen dessen Wunsch noch ohne Anmeldung verbirgt, wird wegen Freiheitsberaubung bestraft.

Der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat.

gez. Steponath, gez. Wiedow.

Der kommandierende General.

M. d. F. d.

gez. von Kraewel.

Veröffentlicht

Köslin, den 24. Januar 1919.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Unter den Soldaten herrscht vielfach noch die Ansicht, daß sie bei ihrer Entlassung unbedingt Anspruch auf neue Sachen hätten. Das ist aber keineswegs der Fall, selbst wenn es ihnen hier und da während des Krieges gesagt sein sollte. Die Verhältnisse haben sich inzwischen geändert: ungeheure Mengen von Bekleidungsstücken sind gestohlen, sehr viel ist nötig zur Einleidung der zurückbleibenden Leute und der neu aufzustellenden Freiwilligentorps. Ferner ist zu bedenken, daß die Bekleidungsämter infolge der Umwälzungen beim besten Willen nicht mehr in der Lage sind, so flott wie früher zu arbeiten. Wenn einzelne Leute bei ihrer Entlassung neue Sachen beantragen unter dem Vorgeben, daß so und so viele ihrer Kameraden welche bekommen hätten, so beruht dies auf einem grenzenlosen Mangel an Verständnis für die jetzigen Zustände und diese Leute bedenken auch nicht, daß viele Soldaten eben diese neuen Sachen sich widerrechtlich angeeignet haben, was doch gewiß nicht als im Interesse der staatlichen Ordnung liegend angesehen werden kann. Von der Reichsregierung ist daher in voller Würdigung dieser bedauerlichen Tatsachen angeordnet worden, daß kein Soldat ein Recht auf einen neuen Entlassungsanzug hat, daß vielmehr jeder sich mit den Sachen, die er bisher getragen hat, begnügen muß, und nur dann andere erhalten darf, wenn es unbedingt nötig ist, Mäntel aber zunächst nur dann, wenn er eine sehr weite Knie hat oder krank ist. Wenn keine verfügbar, eine Dedo oder doppelte Unterwäsche oder eine Weste.

Es können an Stelle der Uniform auch brauchbare Zivilanzüge, bestehend aus Jacke oder Joppe, Hose, Weste und Ueberzieher, ausgenommen werden. Es ist sogar erwünscht, wenn recht viel hiervon Gebrauch gemacht wird, da auf diese Weise Uniformen für die Truppe frei werden. Von dem gesunden Sinn der Soldaten kann vorausgesetzt werden, daß sie diese Notstände anerkennen und nicht mit unerfüllbaren Forderungen an die Truppe herantreten. Unter den jetzigen ungemein schwierigen Verhältnissen darf dieser die Arbeit nicht erschwert werden; sie tut alles, was in ihren Kräften liegt.

Dies sollte sich ein jeder Soldat klar machen!

Stettin, den 14. Januar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat 2. A.-R.

Hornfeld, Steponath, Wiedow.

Der kommandierende General.

v. Kraewel, Generalleutnant.

## Aufruf!

### Für unsere Kriegs- und Zivilgefangenen!

Die Wogen des politischen Kampfes haben sich geglättet, unsere braven Feldherren sind heimgekehrt. Fast 1 Million liegt auf dem Felde der Ehre. Denkt aber auch jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau an die 800 000 Brüder und Kameraden, die in der Gefangenschaft schmachten?

Ich sage nein! Denn mein Appell an die Bürger und Bürgerinnen in der Zeitung hat bis heute erst ca. 200 Unterschriften getätigt.

Woran liegt das? Habt Ihr kein Herz für diese Armen?

### „Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“

wartet auf Eure Mitarbeit! Darum kommt alle! Eine jede Stimme ist nötig, um unseren Feinden zu zeigen, daß wir für unsere Brüder eintreten, daß wir sie heim haben wollen! Eine Ortsgruppe Köslin - Stadt und Kreis - muß schnellstens gebildet werden, wollen wir nicht zu spät kommen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung

muß uns alle vereinigen.

Wann und wo, wird noch bekannt gegeben.

R. Roessler,

Ringstraße 9, 1 Tr.

Sprechzeit von 5-7 nachm.

**Gleichen, Wunden,** offene Füße, Krampfadernleiden heilt überraschendem Erfolg die hautbildende, schmerz- und juckstillende **Vater Philipp-Salbe**. Preis 1,80 und 3,50 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei

# Ein Bubenstreich.

Die bisher so ruhig verlaufene Wahlbewegung in Köslin ist am Sonnabend durch einen sehr bedauerlichen Vorfall gestört worden. In der Kösliner Zeitung erschien am Sonnabend nachmittag folgende Anzeige:

„Frauen und Männer der sozialdemokratischen Partei erscheint in Massen zur öffentlichen Wählerversammlung heute abend 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Zels, Grünstraße.“

In der irrigen Annahme, diese Anzeige sei von dem Deutschnationalen Volksverein Köslin ausgegangen, um den Besuch einer von der sozialdemokratischen Partei für Sonnabend abend zur Wahlvorbereitung ins Gewerkschaftshaus einberufenen Versammlung zu beeinträchtigen, erhob der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlausschusses in der Deutschnationalen Versammlung vor deren Eröffnung und, ohne den Leiter der Versammlung um das Wort gebeten zu haben, Einspruch gegen die von ihm als Deutschnationales Wahlmanöver aufgefaßte Anzeige. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die schließlich damit endeten, daß die Versammlung nicht abgehalten werden konnte.

Bisher ist es nicht gelungen, festzustellen, wer die Anzeige der Kösliner Zeitung übergeben hat. Die reichlich naive Auffassung, daß sie von der Deutschnationalen Volkspartei herrühre, muß entschieden zurückgewiesen werden. Man hegt sich doch seine eigenen Gegner nicht auf den Hals. Nachdem der Führer der Sozialdemokratischen und der Demokratischen Partei erklärt haben, daß sie der Anzeige fern stünden, bleibt nur die Möglichkeit, daß die Anzeige von politisch interessierten Persönlichkeiten veranlaßt ist, die vermöge ihrer Stellung zu den politischen Parteien ein Interesse daran gehabt haben, den ruhigen Verlauf der deutschnationalen Versammlung zu stören. In den Reihen der mit uns durch Listenverbindung vereinten Parteien kann der Täter natürlich nicht gesucht werden.

Köslin, am 26. Januar 1919.

## Deutschnationaler Volksverein Köslin.

Dr. Zubke, Vorsitzender.

## Ehemalige Pasewalker Kürassiere!

Die Polen sind in unsere Ostmark eingedrungen; bolschewistische Banden nähern sich unsern Grenzen. Die Not des Vaterlandes ist groß und fordert eine schnelle Hilfe. Wir wollen unser reiches altes Regiment baldigst wieder auf eine Stärke bringen, die eine Mitwirkung im größeren Maße, wie es schon jetzt der Fall ist, ermöglicht.

An alle ehemaligen Pasewalker Kürassiere ergeht daher hierdurch Bitte und Mahnung zugleich, sich umgehend wieder in den Reihen des Regiments dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen; auch andere ehemalige Kavalleristen sind willkommen.

Die Bewerber müssen auf dem Boden der Regierung stehen und sich unbedingt zu der alten strengen Disziplin verpflichten. Gut ausgebildete Kavalleristen, M.-G.-Schützen und am M.-W. ausgebildete Leute erhalten bei der Einstellung den Vorzug.

Es wird volle Löhnung und täglich 5 Mark Zulage gezahlt.

Jeder Eintretende hat sich auf 4 Wochen zu verpflichten und muß einen Dienstvertrag anerkennen. Wer sich im Dienst eine Beschädigung anzieht, der wird nach den bestehenden Pensionsgesetzen abgefunden.

Meldungen sofort in Pasewalk, Regts.-Befehls-Zimmer.

Der Soldatenrat, gez. Schmidt.

gez. von Sagera, Major und Regiments-Kommandeur.

## Innungsausschusses zu Köslin

beschließt:

Die Regierung sowie auch den Magistrat zu ersuchen, mit allen erlaubten Mitteln energisch dafür einzutreten, daß dem selbständigen Handwerk ohne Verteuerung durch den Zwischenhandel die dringend erforderlichen

## Rohstoffe

entl. aus freierwerbenden Beständen der Militärbehörde zugeführt werden, ferner, daß den diesbezüglichen Eingaben der Handwerkskammer von den Rohstoff-Zentralstellen und dem Reichsverwertungsamt unbedingte und gebührende Beachtung und Erfolge zuteil wird. Das selbständige Handwerk erwartet, daß Regierung und Magistrat ohne Vorbehalt und sofort diesen berechtigten Wunsch erfüllen. Die Notlage des Handwerks verlangt dringende Hilfe und rechtfertigt jeden in dieser Sache unternommenen Schritt.

## Der Innungsausschuß Köslin.

### Holzverteilung

am Dienstag, den 28. d. Mts.,

von 9-10 Uhr Gerberstraße,

10-11 Uhr Gärtnerstraße,

11-12 Uhr Füllkerstraße,

12-1 Uhr Friedrich-Wilhelms-Vorstadt-Ausbau.

Köslin, den 27. Januar 1919.

Der Magistrat.

### Städtische Volksschulen.

Der Unterricht beginnt in allen

Klassen Mittwoch, den 29. d. Mts.,

um 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

J. A.:

Else, Rektor.

### Hausfrauenverein.

Mittwoch, 29. d. Mts., abends

8 Uhr bei Lüditz

### Hauptversammlung.

Jahres- und Kassenbericht.

Wahlen. Wichtige Besprechungen.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und solcher, die es werden wollen, erwünscht.

Der Vorstand.

### Verammlung

Mittwoch, den 29. d. Mts., abends

8 Uhr bei Zels, Grünstr. Erscheinen

sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht.

### Krieger, Kraftfahrer,

beste Zeugnisse, (Pferde-Landwirtschaft) sucht ähnl. pass. Stellung, auch herrschaftl. Kutscher oder Hofmeister sofort oder 1. April 1919.

## Dreher

für unsere Reparaturwerkstätte (fort bei hohem Lohn gesucht)

Papierfabrik Köslin,

Aktiengesellschaft.

## Kutscher,

welcher alle landwirtschaftlichen Arbeiten versteht, sucht

Hermann Hoppe.

## Herrschaftlicher Diener,

gewandt u. zuverlässig, sucht Stellung

auf dem Lande. Ang. unter P. 111

an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

## Pferde-Deputant

mit Hofgägern zu sofort oder

1. April gesucht von

Domitium Nassow

(Bez. Köslin).

Suche für Waisen, besonders stark und kräftig, 17 J., der Lust und Liebe zum

## Schlosserberuf,

einen christlichen, tüchtigen, evang.

Schlossermeister in Dommern, der

den Jungen gegen freie Station in

die Lehre nimmt.

Anfragen an Frau Theda Regt

geb. v. Wedel,

Lebehnte, Wöppr.,

Kreis Deutsch-Kron.

Begen Verheiratung meines blüh-

herigen suche ich zum 1. 4. cr. ein

sauberes, zuverlässiges

## Hausmädchen,

das etwas lochen kann, bei gutem

Lohn, auch durch Mietsfrau.

Frau Georg Schrader,

Danzigerstr. 5.

Gesucht zum 1. April ein ordent-

liches sauberes

## Mädchen für alles.

Vorstellung nachmittags zwischen

5 und 6 Uhr. Frau Hauptmann

Liebe, Eisenstr. 23, pt.

Gesucht zum 1. April

## einfache Wirtin

für Außenwirtschaft (Friedrich

Anechtebestätigung). Zeugnisse und

Gehaltsanträge an

Frau von Gerlach, Postweg

bei Nassow, Kr. Köslin.

Beamter sucht für Februar

## Erholungsaufenthalt

auf dem Lande.

Angebote mit Pensionen unter

W. 127 an die Geschäftsstelle d.

Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. Juli eine

## Wohnung

von 7-8 Zimmern.

Angebote an die Geschäftsstelle

d. Blattes unter W. 126.

## Anzeigen aus Janow.

## Zwiebels